

UNTERNEHMERVERBAND SACHSEN E.V.



Leipzig, 7. Juni 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,
werte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger,
hallo liebe Entscheiderinnen und Entscheider aus Politik und Verwaltung,

seit einiger Zeit sorgen die Handlungen, Beschlüsse und auch die Unterlassungen der Regierungen auf Bundes- und Landesebene für massive Unsicherheiten bei unseren Mitgliedern, den kleinen und mittelständischen Unternehmen in Sachsen. Viele Entscheidungen der Führung unseres Landes landen als neuerliches Gewicht und unübersichtliche bürokratisches Tentakel im Rucksack mittelständischer Wirtschaft. Unternehmerinnen und Unternehmer berichten uns in persönlichen Gesprächen, schriftlichen Äußerungen und bei öffentlichen Veranstaltungen nahezu täglich Unverständnis, Sorge und Resignation hinsichtlich fehlender politischer Rückendeckung und überbordender zögerlicher als auch gängelnder Verwaltung. Notwendiges planungssicheres Agieren schwindet angesichts der immer wieder neuen politischen Erschwernisse und sich rasant ändernden Rahmenvorgaben. Die breite Unternehmerschaft des Mittelstandes, empfindet sich durch die Politik nicht geschützt, sondern zunehmend ungeachtet und von großen Teilen der Verwaltung in ihrem Stellenwert für unsere Wohlfahrt mangelnder Wertschätzung ausgesetzt.

Politische Weichenstellungen (Arbeit, Energie, Bildung, Lieferketten, Datenschutz usw.) richten sich an Großunternehmen und Konzernen aus. Uns, den kleinen und mittelständischen Unternehmen, die 99,8 Prozent Wirtschaftskraft in Sachsen stellen und damit mehr als 2/3 aller Umsätze erzielen, wird zunehmend die Existenzgrundlage und Innovationskraft entzogen. Die Risikobereitschaft sinkt, Perspektivlosigkeit breitet sich aus. Großansiedlungen stehen im Fokus der Wirtschaftsförderung - ein Überbietungswettkampf bei den Subventionen findet statt. Die Innovationskraft der sächsischen KMU, die wesentlicher Treiber der erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung in Sachsen war und ist, wird klein geredet.

Unsere Mitglieder erheben vermehrt den Vorwurf, dass die wirtschaftliche Zukunft Sachsens seitens der Ministerien nicht in der aktuellen Wirtschaftsstruktur auf Basis der KMU, sondern in einer vermeintlich strahlkräftigen, innovationsstarken, hoch entlohnenden und von Großinvestitionen geprägten Welt gesehen wird. Sachsen schafft einen Beauftragten für Großansiedlungen, einen Kümmerer für die mittelständische Wirtschaft vermissen wir zutiefst.

Bitte ziehen Sie in Betracht, dass die Folgen aktueller Krisenpolitik und unscharfer einseitiger Lenkung für unser Land noch um einiges schlimmer ausfallen werden, als dies bisher gemeinhin vermutet wird. Denn was die handelnden Akteure in Politik und Verwaltung offensichtlich verdrängen: Die Auswirkungen und Kosten getroffener Entscheidungen muss jemand stemmen. Multiple, internationale Konzernstrukturen stehen hierfür meist nicht bereit.

Aus unserer Sicht wird sich – wenn wir nicht schnellstens Gegensteuern – unsere durch klein- und mittelständige Unternehmen geprägte Wirtschaftslandschaft deutlich verändern, auch mit spürbar un schönen Auswirkungen auf soziale und kulturelle Lebens- und Bildungsbereiche. Bereits jetzt bedauern wir vielfach die Schließung zahlreicher Familienbetriebe oder deren Veräußerung an Konzerne und nichtheimische Großbetriebe bzw. ausländische und außereuropäische Investoren ohne jegliche regionale Verbundenheit.

Die Lust auf freies Unternehmertum, privathaftende Mitarbeiterverantwortung, Selbstständigkeit und nachhaltige Fortführung oder gar den Aufbau eigener Unternehmen, sie schwindet.

Die Unbeständigkeit der Gesetzgebung bei der zu befürchten ist, dass Geschäftsmodelle in kürzester Zeit durch politische Entscheidungen zunichte gemacht werden, motiviert keinen unternehmerischen Nachwuchs in und für Sachsen. Sie wird zunehmend zur Hemmschwelle für Eigeninitiative und hoffnungsvolles Voranschreiten bei der Umsetzung neuer Ideen.

Die Fachkräfte- und Mitarbeitersuche stellt die kleinen und mittelständischen Unternehmen zunehmend vor unlösbare Probleme. Die Konkurrenz durch Konzerne und den öffentlichen Dienst ist übermächtig. In der freien Wirtschaft lassen sich Lohnsteigerungen in den derzeit zu beobachtenden Höhen anders als im öffentlichen Dienst nicht ohne weiteres kompensieren. Das Prinzip „Fördern und Fordern“ kippt zunehmend. Der Überfluss an Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten und die staatlichen Unterstützungsleistungen wirken dabei kontraproduktiv und zwingen unsere kleineren Unternehmen zusätzlich zu entwicklungs- und wachstumshemmenden Entscheidungen.

Bitte beziehen Sie folgende Stichpunkte in Ihre Gedankenwelt ein und bei Entscheidungen zurate:

- Wie schätze ich die bestehenden Unternehmenslandschaft und Struktur in Sachsen Wert?
- Wie können kleine und mittelständige Betriebe zum Wachstum und zur Erweiterung der Innovationskraft (Finanziell, Flächen etc.) beitragen?
- (Groß)Ansiedlungen müssen sich an den vorhandenen Ressourcen ausrichten (Struktur, Cluster, Arbeitskräfte) und sich in die Region vielfältig einbringen.
- Unternehmertum muss als erstrebenswert angesehen werden, oder brauchen wir das nicht?
- Der Mittelstand ist die Grundlage für soziale und gesellschaftliche Handlungsfelder.
- Bürokratische Hemmnisse müssen abgebaut und Digitalisierung der Verwaltung vorangebracht werden. Weiterer Mitarbeiteraufwuchs der öffentlichen Hand muss vermieden werden.
- Wirtschaft benötigt Planungssicherheit, um solide arbeiten zu können - politische Entscheidungen dürfen sich nicht an Legislaturen orientieren, sondern müssen verlässlich und langfristig angelegt sein.
- Die Verwaltung muss Ermöglicher für Unternehmen werden und darf diese nicht verhindern.

Kontakt:

Unternehmerverband Sachsen e.V.

Lars Schaller | Geschäftsführer

Lange Reihe 6 | 04299 Leipzig

T: 0341 - 3513 83650

M: info@uv-sachsen.org